

Freiheit besser als Sputniks

Bundesminister Erhard eröffnete IX. Deutsche Industrieausstellung

Berlin (Eigenbericht). Zum neunten Male seit dem Kriege hob Bundeswirtschaftsminister Erhard im Berliner Messe-gelände am Funkturm die Deutsche Industrie-Ausstellung Berlin aus der Taufe — sein „liebstes Kind“, wie er in einer temperamentvollen Rede vor etwa 1000 prominenten Vertretern von Wirtschaft und Verwaltung Westberlins, der Bundesrepublik und des befreundeten Auslandes bekannte. Im Vordergrund der durch häufigen Beifall unterbrochenen Ausführungen Erhards stand seine Antwort auf eine Herausforderung der sowjetzonalen Behörden zu einem Wettstreit um den höheren Lebensstandard.

„Es ist einfacher, Sputniks zu bauen“, rief der Bundeswirtschaftsminister der Versammlung zu, „als eine Bevölkerung mit den vielen kleinen Dingen zu versorgen, die das Leben verschönern.“ Vollends sei auch das Lebensgefühl — ob man sich als reich oder arm, als frei oder beengt empfinde — in keinem Index zu erfassen, aber es gehöre zu dem, was wir als Lebensstandard bezeichnen. Wenn der Osten in diesem Rahmen den Lebensstandard in der Bundesrepublik und Westberlin übertreffen wolle, müsse er sich darauf in einer Weise konzentrieren, die ihm eine Fortsetzung der Bedrohung des Weltfriedens unmöglich machen würde. „Unter diesen Umständen würde es uns nichts ausmachen, den Vergleich zu verlieren“, schloß Erhard.

Zweigbetriebe nach Berlin

Hervorgehoben wurde die starke Beteiligung von Vertretern der westdeutschen Eisen- und Stahlindustrie und der Elektroindustrie, an die sich der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Fritz Berg, später in seinem großen wirtschaftspolitischen Referat mit der Bitte wandte, verstärkt Aufträge nach Berlin zu vergeben und nach Möglichkeit hier Zweigbetriebe zu errichten.

Der Zusammenhang zwischen Wirtschaft und Politik offen-

barte sich darin, daß die an die Adresse des Ostens gerichteten politischen Ausführungen aller Redner in der Versammlung das lebhafteste Echo fanden; so zum Beispiel als Berg bedauerte, daß sich einige westdeutsche Kaufleute politisch von den ostzonalen Interzonenhandelsbehörden mißbrauchen ließen.

Der Präsident der Deutschen Industrie sprach von „gemessenem Optimismus“; zuvor hatte

Brandt einen „beherrschten“ Optimismus als angemessen bezeichnet. Der Bundeswirtschaftsminister griff das Stichwort Optimismus auf, ließ aber seinerseits „keinerlei einschränkende Adjektive“ gelten. Er sei seiner Sache heute noch sicherer als im Frühjahr.

Kaum hatte der Dirigent des Radio - Symphonie - Orchesters den Stab nach der Schlußmusik aus der Hand gelegt, da erklang schon aus der Halle der Rundfunkindustrie Tanzmusik. In die Gruppen prominenter Gäste mischten sich die ersten Besucher — besonders vor der Ostkasse —, um vor allem das Konsumgüterangebot von fast 1000 Ausstellern zu begutachten und vielleicht auch mit dem zu vergleichen, was der Osten bisher getan hat, um unseren Lebensstandard zu überbieten.

USA — China an einem Tisch

Beginn der Botschafterbesprechungen über Formosa

Warschau/Taipeh (ap/dpa). Die Verhandlungen über die friedliche Beilegung des Formosa-Konflikts haben in Warschau mit einer fast dreistündigen ersten Unterredung zwischen dem dortigen amerikanischen und chinesischen Botschafter, Beam und Wang Ping-nan, begonnen. Während die chinesischen Kommunisten die Insel Quemoy beschossen und die Amerikaner auf Formosa modernste Waffen entluden, trafen sich die Botschafter im Warschauer Mysliwiecki - Palais, einem ehemaligen königlichen Jagdschloß. Einzelheiten über das Ergebnis der Besprechung wurden nicht bekanntgegeben. Die nächste Zusammenkunft wurde für Donnerstag vereinbart.

Kurz nach Beginn der Warschauer Besprechungen teilte

Radio Moskau in einer Sonder-sendung mit, daß die Sowjetunion die Formosa-Frage auf die Tagesordnung der UNO-Vollversammlung bringen wolle. Gleichzeitig werde die Sowjetunion erneut auf die Aufnahme der Volksrepublik China in die Vereinten Nationen dringen. Die USA werden es schwerer als je zuvor haben, die Aufnahme der Chinesischen Volksrepublik zu „hintertreiben“.

Die Erfolgsaussichten der amerikanisch-chinesischen Besprechungen in Warschau wurden in dortigen diplomatischen Kreisen nicht allzu günstig beurteilt. Man erklärte, wenn sich überhaupt irgendein Fortschritt bei diesen Beratungen abzeichnen sollte, so würden die Besprechungen wahrscheinlich auf einer höheren Ebene weitergeführt werden.

Eine Chance?

J. B. G. Als der Bundestag am 2. Juli einstimmig die Bundesregierung beauftragte, bei den vier Mächten für die Schaffung eines Gremiums zur Erörterung der deutschen Frage einzutreten, hatte er nicht im entferntesten die Absicht, den Auftakt zu einer neuen Runde im kalten Krieg um Deutschland zu geben. Bewußt ging der Wille aller Fraktionen dahin, den Beschluß ganz einfach und nüchtern zu halten, um den Versuch eines neuen Anfanges nicht sofort in einem ost-westlichen Streitgespräch ersticken zu lassen. Daß es den Leuten in Pankow sehr auf die propagandistische Abwehr einer unerwünschten Initiative ankommt, zeigt der Ton ihrer mit Vorwürfen, Verdrehungen und Beschimpfungen aufgeladenen „Noten“.

Ebenso nüchtern, wie der Bundestag seinen Auftrag, hat die Bundesregierung ihre entsprechende Note an die vier Mächte formuliert. Natürlich kann man sich diese Note auch ganz anders vorstellen, mit zündenden Worten, die das heisse Verlangen des deutschen Volkes zum Ausdruck bringen, und mit den gebührenden Hinweisen auf das Geschehen in Mitteldeutschland. Doch war es sicher richtig, ganz einfach den Vorschlag für sich sprechen zu lassen. Der Vorschlag verlangt nichts weiter, als daß die vier Mächte sich zu einem geordneten Gespräch und damit zu einem ernstgemeinten Lösungsversuch zusammenfinden. Natürlich können die Sowjets sich diesem Versuch entziehen, und ihre dialektische Gewandtheit wird ihnen genügend Argumente geben, die ihren eigenen Bereich befriedigen. Aber der Vorschlag ist zu vernünftig, als daß für die Welt außerhalb des Ostblocks und insbesondere für die Welt zwischen den beiden Blöcken eine Ablehnung überzeugend begründet werden könnte. Zumal in dem deutschen Antrag das Gesprächsthema wiederum mit Absicht so weit gefaßt ist, daß für alle Aspekte der deutschen Frage Raum zur Betrachtung ist.

*

Nun ist hier und da aus den Pankower Noten an die vier

Mächte die Hoffnung gezogen worden, die Sowjetregierung würde vielleicht positiv auf den Vorschlag des Bundestages und der Bundesregierung reagieren. Zweifellos ist die Pankower Erklärung nicht ohne sowjetische Prüfung und Zustimmung abgegeben. Man kann überdies sicher sein, daß die Sowjetunion jede wirkliche oder scheinbare Veränderung ihrer Deutschlandpolitik aus verständlichen Gründen auch durch Pankow aussprechen lassen wird. Und tatsächlich enthält die Pankower Viermächtenote einige interessante Züge.

Da ist zunächst die Übernahme überhaupt des Gedankens eines Viermächtegremiums in das eigene Programm. Die Verschiedenheit der Worte besagt dabei nichts, denn ob ein Gremium Gespräche führt oder eine Kommission Konsultationen durchführt, ist dasselbe. Interessanter als diese äußere Ähnlichkeit ist der Satz in der Pankower Note, daß in den Aufgabenbereich der Viermächte-Kommission „auch die zu treffende Vereinbarung (fallen soll), in welchem Stadium und in welcher Form die beiden deutschen Staaten als Verhandlungspartner zu den Verhandlungen hinzuzuziehen sind“. Das heißt, daß die Beteiligung der sogenannten beiden deutschen Staaten, genauer gesagt also der „DDR“, als gleichberechtigte Verhandlungspartner nicht als zwingende Voraussetzung und starre Forderung statuiert wird. Die Mitwirkung deutscher Sachverständiger schließt andererseits auch den bundesdeutschen Vorschlag nicht aus.

Ist also eine Chance da, daß die sowjetische Haltung elastischer und gar entgegenkommender wird? Man muß sich trotz aller schlechten Erfahrungen mit der sowjetischen Deutschlandpolitik in den vergangenen Jahren sicherlich hüten, negativ voreingenommen zu sein. Aber kritische Nüchternheit bleibt immer geboten. Die Pankower Note beharrt wie die Sowjets selber in ihren Erklärungen im letzten Frühjahr darauf, daß das Thema des Viermächtegesprächs der Friedensvertrag für Deutschland sein soll, das Thema Wiedervereinigung also ausgeklammert und „ausschließlich Angelegenheit beider deutscher Staaten“ zu bleiben habe. Hier, in der

weiterhin versuchten Ausklammerung der Wiedervereinigung und in der damit gekoppelten Absicht, die deutsche Spaltung völkerrechtlich zu legalisieren durch die Scheineinheit einer Konföderation, hier also liegt nach wie vor die entscheidende Frage, und diese Frage ist offen.

*

Deutsche Ungeduld in der deutschen Frage ist weiß Gott berechtigt; aber sie darf in der Politik nicht zur Nervosität werden, am wenigsten, wenn man es mit so harten und geschickten Verhandlungsgegnern zu tun hat wie den Sowjets. Kommen wir auf dem einen Weg nicht weiter, werden wir einen anderen Weg für die deutsche Initiative suchen und finden. Aber man soll nicht alles auf einmal anfangen. Vielleicht wird ein Weg auch über die UNO führen. Vielleicht — denn auch diese Möglichkeit muß sehr sorgfältig überlegt und gegebenenfalls vorbereitet werden. Die UNO ist ein sehr großes Gremium, in dem eine Fülle gegensätzlicher Interessen zusammenläuft. Dort besteht immer die Gefahr, daß selbst guter Wille schließlich bei pathetischen Erklärungen und in lahmten Kompromissen hängen bleibt. Beides nutzt uns nichts, sowenig wie es den Ungarn genutzt hat. Die Viermächteverantwortung aber könnte dabei auf der Strecke bleiben.

*

Man könnte daran denken, außerhalb der Vier eine Anzahl Mächte anzusprechen, deren Stimme auch von der Sowjetunion sehr beachtet wird; ein Beispiel ist Indien. In einem Memorandum könnte die deutsche Situation und die Gefahr, die in der Spaltung liegt, dargelegt werden. Auf diese Weise könnte man versuchen, die Atmosphäre in der Welt für das deutsche Anliegen zu beeinflussen. Aber auch ein solcher Schritt bedarf vieler Überlegungen. Im Augenblick sollte man ihn jedenfalls nicht tun, weil dadurch der Viermächteschritt der Bundesregierung leicht in die Begleitung neuer Gereiztheit kommen könnte. Denn es wäre nichts Erfreuliches für östliche Augen, was wir der Welt aus Deutschland darzustellen hätten, zumal angesichts der gegenwärtigen Zuspitzung unseres Flüchtlingsproblems.

NATO für Verstärkung der Bundesmarine

Beunruhigender Ausbau der sowjetischen U-Boot-Flotte in der Ostsee

Von unserem Korrespondenten

W. Bonn. — Die deutsche Bundesmarine, die nach den bisherigen Plänen nur einen sehr geringen Umfang erhalten sollte, wird wahrscheinlich wesentlich verstärkt werden müssen. Maßgebende Militärs der atlantischen Verteidigungsorganisation sind, wie verlautet, zu der Überzeugung gelangt, daß die Abwehr der schnell wachsenden sowjetischen Ostsee-Flotte eine Vermehrung und Verstärkung der atlantischen Verteidigungskräfte in der Ostsee erfordert. Die Einstellung der neuen Flotteneinheiten, die im vergangenen Herbst auf Grund des geheimen NATO-Dokumentes G 70 vom Ministerrat der Organisation beschlossen worden ist, reicht angeblich für diesen Zweck noch nicht aus.

Beunruhigt sind die westlichen Militärs vor allem über den Ausbau der sowjetischen U-Boot-Flotte in der Ostsee. In den sowjetischen Ostsee-Häfen sollen zur Zeit 200 U-Boote stationiert sein. Das sind mehr Boote, als Deutschland jemals zu irgendeinem Zeitpunkt im zweiten Weltkrieg einsatzbereit hatte. Da die Sowjetunion jährlich etwa 150 neue U-Boote baut, wächst ihre Flotte in einem Maße an, daß sie im Falle eines Krieges zu einer ersten Bedrohung des Nachschubs von Amerika nach Europa werden könnte. Dabei ist zu berücksichtigen, daß nach Berechnungen der Atlantischen Organisation im Falle eines Krieges täglich 250 000 Tonnen Material von Amerika nach Europa gelangen müßten, um die Versorgung der westlichen Streitkräfte auf dem Kontinent sicherzustellen. Dieser Nachschub kann nur gesichert werden, wenn es gelingt, den sowjetischen U-Booten den Weg von der Ostsee und vom Schwarzen Meer in den Atlantik zu versperren.

Diese Aufgabe wird jedoch durch die Stärke der übrigen sowjetischen Seestreitkräfte unerhöht erschwert. Man glaubt zu wissen, daß die Sowjetunion allein in der Ostsee zur Zeit über 12 Kreuzer, mehr als 70 Zerstörer, 300 Minensuchboote, 200 Schnellboote und 1000 Flugzeuge verfügt. Da außerdem Landungsfahrzeuge für zwei Divisionen bereitstehen, rechnet man damit, daß die Sowjets im Falle eines Krieges versuchen würden, die Ostsee-Ausgänge zwischen Schweden und Jütland in ihre Hand zu bringen. Die

Verteidigung des Belt und des Sundes ist den deutschen und dänischen Flottenverbänden übertragen worden, die aber

zusammen nur über 19 Zerstörer, acht U-Boote, knapp 100 Minensuchboote und U-Bootjäger sowie über 33 Schnellboote verfügen.

Deshalb wird zur Zeit ein größeres See-Verteidigungsprogramm entworfen, das der Bundesrepublik auch die Herstellung von atomgetriebenen Schiffen, schweren Seeminen und Torpedos erlauben soll. Nach den Pariser Verträgen war die Produktion dieser Waffen bisher der Bundesrepublik verboten worden. Die Aufhebung des Verbots dürfte in Kürze erfolgen.

Taktik der SED-Agenten Geständnis vor dem Bundesgerichtshof

Schm. Karlsruhe (Eigenbericht). Im Prozeß gegen die Agenten des FDGB vor dem Dritten Strafsenat des Bundesgerichtshofes haben sich am Freitag die Reihen gelichtet. Der Senat hat das Verfahren gegen den 37 Jahre alten Paul Müller aus Kassel vom gegenwärtigen Prozeß abtrennen müssen, weil Müller wegen eines Magenleidens nicht verhandlungsfähig ist. Da das Gericht bereits das Verfahren gegen die Angeklagten Frohnert und Fischbach abtrennen mußte, weil beide den Weg aus der Sowjetzone in die Residenz des Rechts nach Karlsruhe gescheut haben, sind von ursprünglich sieben Angeklagten nur noch vier übriggeblieben.

Das Gericht hat in den beiden letzten Tagen den ältesten von ihnen, den 53 Jahre alten Heinrich Rath aus Kassel mit Erfolg vernommen. Es ist offensichtlich, daß ihm die drei mitangeklagten FDGB-Agenten aus der Zone wegen seiner hemmungslosen Aussagebereitschaft gram sind. Rath hat bei seinen Aussagen zugegeben, daß er auf Einladung von Agenten des FDGB an verschiedenen Zusammenkünften mit ihnen in Kassel teilnahm und daß er dabei auf Anweisung der Zo-

nenfunktionäre bestimmte Geheimhaltungsmaßnahmen einzuhalten hatte.

Rath sagte, daß unter den Verbindungsleuten des FDGB viele ehemalige Mitglieder der kommunistischen Partei gewesen seien. Jedoch sei größter Wert darauf gelegt worden, sich öffentlich von jedem Kommunisten zu distanzieren. So sei der Mitangeklagte Paul Müller aus Kassel auf Weisung des Bundesvorstandes des FDGB in Ostberlin von seinem Posten als Funktionär abgelöst worden, weil „Müller als ehemaliges Mitglied der KPD in der Arbeit für ein enges Zusammenwirken zwischen FDGB und DGB untragbar“ sei.

Rath selbst gab zu, daß er den FDGB-Agenten aus der Zone Auskünfte über betriebliche und geschäftliche Vorgänge in den Kasseler Henschel-Werken (Lokomotivenfabrik) mitgeteilt habe. Doch seien die FDGB-Leute meist schon besser unterrichtet gewesen als er.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2.

Kreml für neue Konferenz

10. November in Genf: Verhinderung von Überraschungsangriffen

Moskau (ap). Die Sowjetunion hat sich zu Sachverständigenbesprechungen über die Möglichkeiten zur Verhinderung von Überraschungsangriffen bereit erklärt. Sie schlug in einer Note an die amerikanische Regierung als Tagungsort Genf und als Tagungsbeginn den 10. November vor. Teilnehmer der Konferenz sollen außer den vier Großmächten Belgien auf westlicher und Polen, die Tschechoslowakei und Rumänien auf östlicher Seite sein, um eine zahlreichere Vertretung der Länder des Warschauer Paktes und des Atlantikpaktes sicherzustellen.

Mit der Bereitschaft zu derartigen Sachverständigenbesprechungen, die den erfolgreichen Beratungen der Atomexperten aus acht Ländern über die Kontrolle eines Atomtestverbots ähneln würden, nahm die Sowjetunion einen amerikanischen Vorschlag an. Sie vertritt in der Note zugleich die Ansicht, daß das Ergebnis der Besprechun-

gen nur als vorbereitende Arbeit gewertet und die Entscheidung den Regierungen überlassen bleiben solle.

Zugleich gibt die Sowjetregierung ihrer Erwartung Ausdruck, daß praktische Vorschläge der Sachverständigen eine fruchtbare Erörterung des Problems der Verhütung von Überraschungsangriffen auf einer

Gipfelkonferenz erleichtern würden. Die vorbereiteten Besprechungen der Sachverständigen sollen nach sowjetischer Ansicht auf vier bis fünf Wochen begrenzt werden, eine Einschränkung, die vom Westen bei ähnlichen Anlässen stets abgelehnt worden war.

Die Sachverständigenbesprechungen über Methoden zur Verhinderung von Überraschungsangriffen waren ursprünglich von den USA am 31. Juli angeregt worden. Als die Sowjetunion hierauf nicht sogleich antwortete, mahnten die USA am 7. September eine Antwort an.

Am 31. Oktober werden in Genf bereits die Verhandlungen über ein Abkommen zur Einstellung der Atomwaffenversuche beginnen.

SED-Selbstkritik wegen Ärzteflucht

„Mediziner wurden falsch behandelt“

Berlin (dpa). Die Ärzteflucht aus der Sowjetzone hat jetzt die SED veranlaßt, ihre Haltung zu überprüfen und Fehler in der Behandlung der Ärzte einzugestehen. Im SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ hat ein „verdienter Arzt des Volkes“ zugegeben, daß den Wünschen und Sorgen der medizinischen Intelligenz von einzelnen Behörden nicht die nötige Aufmerksamkeit geschenkt worden sei. Partei und Regierung wollten jedoch, daß die Ärzte in Ruhe und ohne äußere und innere Störung arbeiten könnten.

In dem Artikel wird den Ärzten in der Sowjetzone zugesichert, daß ihnen keine parteipolitische Bindung zur Auflage gemacht wird. Es stehe der SED-Politik entgegen, wenn einige Genossen im Kreis Langensalz verlangt hätten, die Ärzte müßten ihre eigenen Praxen bis zu einem bestimmten Termin aufgeben. Besonders den älteren Ärzten würde es schwerfallen, in den staatlichen Gesundheitsdienst einzutreten. Sie könnten ihre eigene Praxis so lange weiterführen, bis sie persönlich die Aufgabe wünschen.

Eine wissenschaftliche Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik wird im „Neuen Deutschland“ als nützlich bezeichnet. Die Bezirksräte sollten erfahrenen und befähigten Ärzten den Einzelbesuch von Kongressen und Fachtagungen in Westdeutschland gestatten. Es wird auch zugegeben, daß verschiedene Kinder von Ärzten auf Grund von Fehlentscheidungen der Besuch einer Oberschule oder einer Universität verweigert worden sei.

Gefängnis für West-Medikamente

Zu zwei Jahren und sechs Monaten Gefängnis verurteilte das Ostberliner Stadtgericht den 64-jährigen Apotheker Dr. Josef Priemer. Das Gericht sprach außerdem ein fünfjähriges Berufsverbot und eine Geldstrafe von 6000 DM aus. Wie die Sowjetzonen-Agentur adn berichtet, wurde ihm vorgeworfen, „ein großes Lager von Medikamenten, Präparaten, Opiaten und rauschgiftartigen Tabletten, die aus der Bundesrepublik stammten“, unangemeldet in seiner Wohnung versteckt zu haben.

Westen für Gipfeltreffen

London (ap/dpa). Die USA und Großbritannien haben erklärt, die Sowjetunion habe die Vorbereitungen für eine Ost-West-Gipfelkonferenz blockiert. In Noten an die tschechoslowakische Regierung versicherten die beiden Staaten gleichzeitig ihr Interesse an der Erörterung von Möglichkeiten zur Minderung der Spannungen unter den kommunistischen Ländern im Falle einer Gipfelkonferenz.

Die westlichen Noten beantworten ein Memorandum der tschechoslowakischen Regierung vom 31. Mai, in dem den Westmächten eine Verzögerung der Gipfelkonferenz vorgeworfen worden war. Beide Regierungen weisen diese Vorwürfe zurück und erklären, daß eine Gipfelkonferenz zufriedenstellend vorbereitet werden müsse, wenn sie zu Vereinbarungen über klare Fragen führen solle. Obwohl die britische Regierung die Teilnahme der Tschechoslowakei an einer Gipfelkonferenz als nützlich und konstruktiv bezeichnet, wird sowohl von britischer wie von amerikanischer Seite betont, daß Betrachtungen über die Teilnehmer einer derartigen Konferenz „verfrüht“ seien, solange keine gemeinsam angenommene Tagesordnung formuliert sei.

Liebesromane bereiten den Krieg vor

Aufzeichnungen über Ereignisse und Stimmungen in der Zone

B. Berlin, (Eigenbericht)

Durch fortgesetzte Übertreibungen und Fälschungen wird die SED-Propaganda im hohen Maße ungläubwürdig. Wer die SED-Presse verfolgt, kann ohne Schwierigkeiten eine Vielzahl von Widersprüchen über das Leben in der Zone feststellen. Die eigenen Berichte von Ereignissen und Vorfällen strafen jedenfalls die optimistischen Erklärungen Lügen. Und der Dreh mit den Agenten und Spionen, mit den Volksfeinden und Verrätern ist längst der Lächerlichkeit anheimgefallen.

HALLE

In einer Woche 335 000 Ostmark Brandschäden. Die SED-Zeitung „Freiheit“ meldet eine erschreckende Zunahme von Brandschäden in Industrie und Landwirtschaft. Durch fahrlässiges Umgehen mit Zündstoffen, infolge Nichtbeachtung der Brandschutzbestimmungen und wegen schadhafter Beschaffenheit der Löscheinrichtungen entstanden im Bezirk Halle in einer Woche für 335 000 Ostmark Schäden. Ein Teil der Brände entstand durch Funkenflug der mit Braunkohlen geheizten Lokomotiven der „Reichsbahn“. Dadurch seien Mähdrescher und Getreidefelder vernichtet. Diese Zustände würden die Bonner Kriegstreiber begünstigen, die ihren psychologischen Krieg gegen die „DDR“ führten.

Ausländische Künstler begeisterten. Viel Beifall erhielten die Como-Brothers aus Holland mit ihrer Schulter-Perche-Attraktion, „Max et Lily“ aus Frankreich mit einer Step-Spring-Tanzschau sowie das südamerikanische Annadel-Rio-Trio mit feurigen Rhythmen.

COSWIG

Die größte Gipsschwefelsäurefabrik der Welt. Sie soll in Coswig entstehen. Zunächst ist sie noch eine Baustelle. Als Schwierigkeiten bezeichnet die SED das Fehlen eines Planes, eines Zieles, ungenügende politische Arbeit und unzureichende Arbeitsorganisation.

Die Bauarbeiter feiern „Blumenfeste“, spielen Skat und

trinken gern Alkohol. Das sei eine falsche Auffassung und erzeuge eine falsche Moral und Arbeitsbummelei, meinen die SED-Funktionäre. Es würde in Coswig geduldet, daß Arbeiter fortschrittlichen Brigadiere drohende Worte zurufen, wenn diese die sowjetischen Mamaimethode propagieren.

STRALSUND

Mangel an Vertrauen: Republikflüchtigen wurde vorgeworfen, sie hätten in den vergangenen Jahren FDGB-Ferienplätze in Anspruch genommen, einen Kuraufenthalt auf Kosten der Arbeiter genossen und Prämien für gute Arbeit eingesteckt, dann aber schnöde das Friedenslager verlassen. Das sei ein Mangel an Vertrauen zu den Betriebsfunktionären, ein Überwecheln in das Lager des Feindes, eine Flucht zu den Kriegstreibern. In Zukunft sollen sich die Gewerkschaftsfunktionäre noch mehr um die „persönlichen Dinge“ jedes einzelnen Arbeiters kümmern. Die „Gewerkschaft der Kostenträgerstückrechnung“ verpflichtete sich, in der Volkswerft Stralsund die Aufklärung zu verstärken.

SASSNITZ

Westliche Liebesromane im VE Fischkombinat. In vielen Gesprächen mit Arbeitern hört man nach einem Bericht der „SED-Ostseezeitung“ im VE Fischkombinat Saßnitz und in vielen Seefahrtbetrieben die Ansicht: „Wir lesen doch höchstens einen Liebesroman von drüben, und der hat doch nichts mit der Politik, geschweige denn mit der Feindarbeit zu tun.“ Dazu erklärte u. a. die SED in der „Ostseezeitung“: „Die Liebesromane aus dem Westen enthalten Roßtäuschertricks. Es sei bisweilen von Agenten die Rede, die von Moskau aus die kommunistische Herrschaft auf die Bundesrepublik ausdehnen wollten. Daraus muß man den Schluß ziehen, die Literatur in Westdeutschland dient dem politischen Ziel der imperialistischen Klasse. Diese Art von Liebesromanen hat nichts mehr

mit Menschlichkeit zu tun, sondern mit der Vorbereitung eines neuen Krieges.“

Kartoffelmangel — Fehler der Staatsfunktionäre. Auf einem Ausspracheabend in Saßnitz kam zum Ausdruck, daß der Handel bei der Kartoffelversorgung versage, weil die staatlichen Geschäfte keine richtige Bedarfsforschung getrieben hätten.

ROSTOCK

Kunden-Abwehrmedaillen für die staatlichen Verkäufer. In Leserbriefen, die in der „Ostseezeitung“ Rostock veröffentlicht werden, beklagen sich Bewohner des Küstenbezirks über die schlechte Bedienung, über die Unsauberkeit der Geschäfte und über die Unfreundlichkeit des Verkaufspersonals. Jeder habe nur den Verkaufsplan und die Prämie im Auge. Im Mittelpunkt stehe nicht der Mensch, sondern der Plan. Man müsse deshalb eine Kunden-Abwehrmedaille stiften. Auch die Gaststätten bemühten sich nicht um neue Kunden, sondern verdienten eine „Gäste-Abwehrmedaille“.

Gäste der Staatsoper Sofia spielten im Volkstheater Rostock „Aida“. Wohnbezirksausschüsse der Nationalen Front veranstalten regelmäßig Laternenumzüge für die Kinder.

LEIPZIG

Leipziger Messe - Schlager wurden in den Kaufhäusern ausgestellt. Reichhaltig ist zur Messe-Zeit das Angebot an Kostümen, Stoffen und Mänteln. Ein Herrenanzug aus Importgewebe kostet im Kaufhaus des Konsums gegenüber der Thomaskirche 339 Ostmark. In den Schauburg-Lichtspielen gab es während der Messezeit den „unpolitischen“ Film „Meine Frau macht Musik“. In den Kammerspielen sah man „Tartuffe“. Im Weißen Saal am Zoo gastierte die belgische Diseuse Simone Cordet, im Felsenkeller tanzte man zum Messeball, und das HO-Carola-Kasino inserierte „als dezente Nachtgaststätte mit einem Bar-Trio und einem Weinabteil“.

Für das Recht auf Heimat

Lemma und Brandt vor Vertriebenen in der Berliner Waldbühne

Berlin (Eigenbericht). „Es gibt keine frei gewählte deutsche Regierung, die der Oder-Neiße als endgültiger Grenze zustimmen wird“, sagte Bundesminister Lemma vor rund 30 000 Heimatvertriebenen in der überfüllten Berliner Waldbühne anlässlich des „Tag der Heimat“. Er bezog sich dabei auf eine Rede des stellvertretenden polnischen Verteidigungsministers. Berlins Regierender Bürgermeister Willy Brandt erklärte auf der gleichen Großveranstaltung. „In der Zone geht es nicht so weiter. In unserem Bewußtsein steht die Uhr auf fünf Minuten vor zwölf.“

Unter dem großen Beifall der zum Teil in ihren malerischen Volkstrachten erschienenen Heimatvertriebenen aus West- und Ostberlin und aus der Sowjetzone meinte Lemma weiter: „Sollte dies (die endgültige Grenze) die Meinung der polnischen Regierung sein, so würde die Frage der Aufnahme von diplomatischen Beziehungen auf den St. Nimmerleinstag verschoben werden. Die Bundesregierung ist der Meinung, daß diese schwierige Frage der deutschen Ostgrenzen erst nach der Wiedervereinigung durch einen Friedensvertrag von einem Gesamtdeutschland gelöst werden kann.“

Der Bundesminister versicherte nachdrücklich, daß das deutsche Volk den aufrichtigen Wunsch habe, mit seinen slawischen Nachbarn in ein ebenso freundschaftliches Verhältnis zu kommen wie etwa mit Frankreich. Wörtlich sagte er: „Wir anerkennen das Lebensrecht der polnischen, russischen und tschechischen Völker, haben aber daher auch das Recht zu der Frage: Wann endlich wird auch dem deutschen Volk sein Lebensrecht zugestanden?“

„Das Recht auf die Heimat ist eines der unabdingbaren Rechte jedes Menschen“, sagte Brandt. „Die Geschichte sollte alle Nationen lehren, daß aus mit Unrecht vergoltenem Unrecht noch nie Recht geworden ist.“

Auch auf die große Gefahr, daß sich das eigene Volk mit dem „Zustand widernatürlicher Zerklüftung“ abfinden könnte, wies Berlins Regierender Bürgermeister hin.

Viele aus der Zone

Die Anteilnahme der Vertriebenen an dieser alljährlichen

machtvollen Kundgebung übertraf fast noch die vergangenen Jahre. Bei herrlichem Sonnenschein strömten sie von allen Seiten zusammen, zum großen

Erhard an die Staatsmänner der Welt

Auch in der Bundesrepublik wurde von den Vertretern der Bundesregierung, der Vertriebenenverbände und der politischen Parteien auf zahlreichen Kundgebungen erneut das Recht auf die Heimat proklamiert. Bundeswirtschaftsminister Erhard ermahnte auf dem 6. Bundestreffen der Oberschlesier in Bochum vor über 120 000 Heimatvertriebenen und Einheimischen die Staatsmänner aller Welt, über die Grenzen hinaus etwas von jener Verantwortung zu bezeugen, die einen Frieden ermögliche, aus dem die deutsche Frage einer gerechten Lösung zugeführt werden könnte. Die totalitären Staaten erheben immer wieder ihre Stimme für das Selbstbestimmungsrecht der Völker in Asien und Afrika, sagte der Minister; im zivilisierten Europa aber geschehen Dinge, die eine Schmach für die ganze Menschheit bedeuten.

Das Recht auf Heimat, so erklärte der Minister, sei unverlierbar. Ulbricht habe nicht das geringste moralische Recht, auf die Gebiete hinter der Oder-Neiße-Linie zu verzichten. Das Potsdamer Abkommen sei nur ein Provisorium gewesen. An die vier Großmächte appellierte Erhard, ihrer übernommenen Verpflichtung nachzukommen und in einem endgültigen Friedensvertrag die deutsche Frage zu lösen.

Den endgültigen „Schlußstrich unter die tragischen Verirrungen in der Vergangenheit“ auf deutscher wie auf polnischer Seite forderte der Präsident der

Teil bereits von den Morgenandachten der beiden Konfessionen. Dabei waren viele Heimatvertriebene, wie der Vorsitzende des Berliner Landesverbandes, Dr. Alfred Rojek, bekanntgab, in der Zone aus den Zügen geholt worden. Trotzdem war ein großer Prozentsatz der Besucher aus der Zone gekommen. Man sah sogar Schwerbeschädigte in Krankenfahrrädern und vor allem auch eine erfreulich hohe Zahl von Jugendlichen.

pommerschen Abgeordnetenversammlung, Dr. Curt Hoffmann (Lübeck), in Kiel anlässlich des zehnjährigen Bestehens der Pommerschen Landsmannschaft. Einer vertrauensvollen Kontaktaufnahme mit Polen stehe die Landsmannschaft durchaus nicht ablehnend gegenüber. Von der vielfach behaupteten „Erbfeindschaft“ zwischen beiden Völkern könne keine Rede sein. Diplomatische Beziehungen zu Polen halte die Landsmannschaft im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht für richtig.

Der Bund der Danziger feierte den Tag der Heimat in Konstanz mit einem Treffen unter der Schirmherrschaft des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Dr. Gebhard Müller. Auf einer Kundgebung im Konstanzer Konzilgebäude betonte der Präsident der Vertretung der Freien Stadt Danzig, Dr. Norbert Sternfeld (Lübeck), daß die Danziger ihren unverzichtbaren Rechtsanspruch selbst verfechten müßten. Die Bundesregierung sei dazu im Blick auf die durch den Versailler Vertrag geschaffene Rechtslage nicht legitimiert. Diese Einstellung habe mit Separatismus nichts zu tun. Die Danziger, die immer treu zu Deutschland gestanden hätten, könnten sich erst nach der friedlichen Rückgewinnung ihrer Heimat in freier Selbstbestimmung über die Zugehörigkeit ihrer Stadt entscheiden. Sternfeld betonte, daß die Danziger zu guter Nachbarschaft mit Polen bereit seien.

Alte Menschen sollen gehen

Nur Gebrechliche dürfen aus der Sowjetzone abwandern

Berlin (dpa). Nur alte und gebrechliche Menschen, die dauernder Pflege bedürfen, haben noch berechnete Aussicht, aus der Sowjetzone auf Antrag in die Bundesrepublik legal übersiedeln zu können. Dies geht aus einem Bericht des Untersuchungsausschusses freier Juristen hervor. Aber auch für diese Antragsteller werde die Genehmigung nur erteilt, wenn sie ganz allein stehend sind, das heißt, es darf sich kein Angehöriger in der Sowjetzone oder in Ostberlin befinden. Außerdem darf kein naher Verwandter geflüchtet sein.

Verrat am Sozialismus

Die grundsätzliche Einstellung der Sowjetzonenmacht habe zur Übersiedlung in die Bundesrepublik und nach Westberlin sei die Feststellung des letzten SED-Parteitag, daß „jede Übersiedlung eine Hilfe für die westdeutsche Militärbasis und einen Verlust von Arbeitskräften für die DDR“ bedeute. Das Innenministerium und die Volkskammer der Sowjetzone hätten auf Eingaben der Betroffenen ferner erklärt, daß bei den Entscheidungen über Ausreiseanträge davon auszugehen sei, daß jede Übersiedlung „eine Unterstützung des Adenauer-Regimes und einen Verrat am Sozialismus“ darstelle.

Ausreisegenehmigungen würden auch dann nicht erteilt, wenn mit der Begründung nachgesucht wird, daß der Antragsteller mit einem Westdeutschen oder Westberliner eine Ehe eingegangen ist. In einzelnen Entscheidungen der Sowjetzonenstellen sei hierzu erklärt worden, daß aus der Tatsache der Eheschließung mit einem Westbewohner kein Anspruch auf eine Übersiedlungsgenehmigung hergeleitet werden könne. Der Ehepartner habe ja die Möglichkeit, jederzeit in die „DDR“ übersiedeln. Mit dem Hinweis auf die gleiche Möglichkeit würden in letzter Zeit Übersiedlungsgenehmigungen auch dann verweigert, wenn der Ehegatte legal in die Bundesrepublik oder nach Westberlin umgezogen ist, oder wenn Kinder

zu ihren Eltern und umgekehrt übersiedeln wollen. Ist ein naher Familienangehöriger in die Bundesrepublik oder nach Westberlin geflüchtet, so wird nach dem UfJ-Bericht jeder Antrag auf Übersiedlungsgenehmigung abgelehnt. Auch nachträgliche Ausreisegenehmigungen werden nicht erteilt.

Durch Vopo überwacht

Besondere Schwierigkeiten entstehen den Betroffenen in den Fällen, in denen ihr Ausreiseantrag abgelehnt worden ist. Sie werden von der Volkspolizei verstärkt überwacht. Vertrauenspersonen müssen sofort melden, wenn die Betroffenen Bürger Hausrat und Möbelstücke veräußern oder verschenken, sie Koffer wegbringen oder Pakete abschicken. In diesen Fällen wird angenommen, daß die Betroffenen aus der Sowjetzone flüchten wollen. In einzelnen Fällen sei den Betroffenen auch unmittelbar nach der Ablehnung des Ausreiseantrags der Personalausweis abgenommen worden. Die Antragsteller erhalten dann einen Behelfsausweis, der nur zum Aufenthalt in einem bestimmten Gebiet der Sowjetzone berechtigt. Die Ausweise werden nach einer gewissen Zeit zurückgegeben, wenn keine Vorbereitungen zur Republikflucht nachgewiesen werden.

Kein Bonner Geheimplan

Bonn (dpa). Ein Sprecher des Gesamtdeutschen Ministeriums wies eine Behauptung SED-Sekretär Ulbrichts zurück, es gebe einen Geheimplan der Bundesrepublik und der drei Westmächte zur Wiedervereinigung. Die Pläne und Auffassungen zu dieser Frage seien stets in aller Öffentlichkeit, vor allem im Bundestag, erörtert worden. Ihre Grundzüge seien überall bekannt. Von einem „Geheimplan“, wie ihn Ulbricht am Freitag in einem Fernseh-Interview geschildert hatte, könne keine Rede sein. Auch ein SPD-Sprecher bezeichnete die Behauptung Ulbrichts als „propagandistischen Unsinn“.

Rote Quadriga?

DT. So überraschend kommt er nicht — der Beschluß des Ostberliner Magistrats, den preußischen Adler und das Eisernen Kreuz aus der Hand der Viktoria in der Quadriga herausbrechen zu lassen. „Die große Wende für das deutsche Volk begann“, verkündet der Ostberliner Magistrat stolz, „als am 2. Mai 1945 die Soldaten der siegreichen Sowjetarmee die rote Fahne des Sozialismus auf dem Brandenburger Tor hießen. Seit dieser Zeit ist das Tor kein Wahrzeichen für chauvinistische Exzesse und Preußens Gloria mehr. In der DDR und ihrer Hauptstadt ist auf dem wiederhergestellten Brandenburger Tor kein Platz für Hakenkreuze, Eiserne Kreuze und für den Preußenadler.“

Im Dritten Reich ist, das ist jedermann bekannt, das Eisernen Kreuz nicht durch das Hakenkreuz ersetzt worden. Aber man wirft, damit man sich „antifaschistisch“ gebärden kann, beide zusammen. Diese Embleme — und hier wird böswillig Hitlers Terrorzeichen mit dem Preußenadler und dem Eisernen Kreuz in einen Topf geworfen — hätten, wird weiterhin erklärt, den deutschen Namen in der ganzen Welt mit Schimpf und Schande bedeckt.

Die Quadriga auf dem Brandenburger Tor ist im Bewußtsein der Berliner niemals ein Symbol „kriegerischen Geistes“ gewesen, sondern ein Wahrzeichen ihrer Stadt, geschaffen von den großen Bildhauern Schadow und Schinkel. Die rote Fahne aber ist seit 1945 ein Symbol für die Unterdrückung unserer Landsleute hinter dem Brandenburger Tor. Der Versuch, die Fahne am 17. Juni 1953 wieder herunterzuholen, ging tragisch fehl.

Bleibt die Frage: Soll künftig die „Siegsgöttin“ die rote Fahne in der Hand halten? Was auch immer die Pankower jetzt vorhaben — sie sollen wissen, daß Berlin und Deutschland sich auf dem Brandenburger Tor keine Provokationen bieten lassen werden.



BILDER DER WOCHE. Oben: Anschlag auf Soustelle. In Paris wurde auf den französischen Informationsminister ein Anschlag verübt. Der Pariser Polizeipräfekt Papon (zweiter von links) untersucht den durchgeschossenen Wagen. — Unten: Für das erste Berliner Familien-Feriendorf in Nadenberg bei Lindenberg (Allgäu) wurde in Anwesenheit des bayerischen Ministerpräsidenten Seidel und des Berliner Bürgermeisters Amrehn (am Rednerpult) der Grundstein gelegt.

